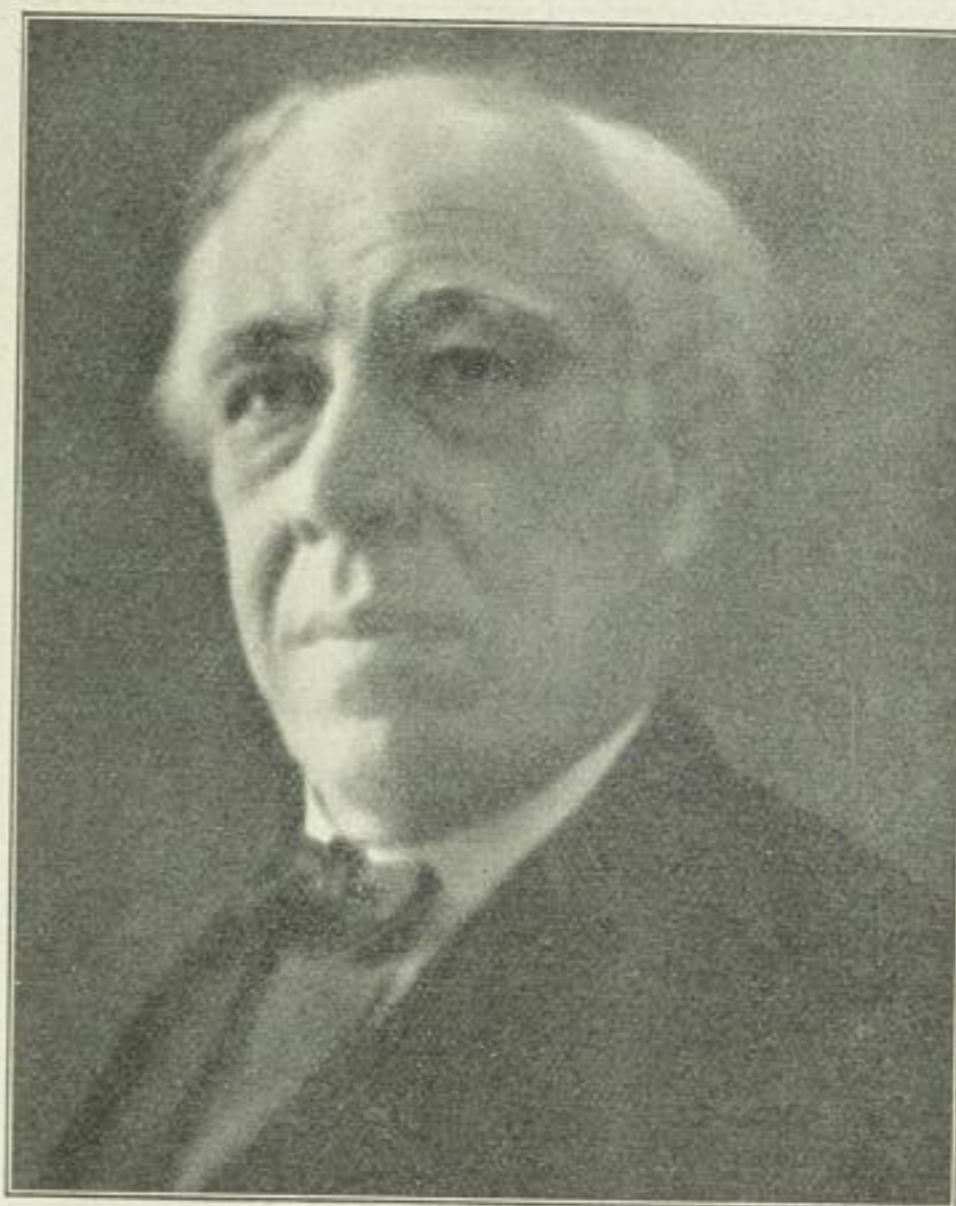


betragen: Metallindustrie 14 Prozent, Kohlenförderung 30 Prozent, Naphthaförderung 10 Prozent und Textilindustrie 7,7 Prozent. Der Durchschnitt der Produktionssteigerung in den der Leitung des Obersten Volkswirtschaftsrates unterstellten wichtigsten Unternehmungen wird durchschnittlich 15,3 Prozent betragen. Das Wachstum der Kleinindustrie wird etwas niedriger sein (8 Prozent). Die Gesamtsumme der neuen Kapitalanlagen in der Industrie wird im Wirtschaftsjahre 1926-27 845 Millionen Rubel betragen. Der Reingewinn der Staatsindustrie wird mit 506,5 Millionen Rubel berechnet.

Die landwirtschaftliche Produktion wird sich gegenüber dem vorigen Jahre um 5 Prozent, der auf den Markt gelangende Teil um 7,2 Prozent erhöhen.

Die Kapitalanlagen in der gesamten Volkswirtschaft werden im Jahre 1926-27 3100 Millionen Rubel betragen, gegenüber 2700 Millionen im Jahre 1925-26 und nur 1700 Millionen Rubel im Jahre 1924-25. Die wichtigsten Rubriken dieser Kapitalanlagen sind, außer den erwähnten 845 Millionen für die Industrie: 90 Millionen für Elektrifizierung, 507 Millionen für das Transportwesen und 475 Millionen Rubel für den Wohnungsbau.

Das Staatsbudget wird voraussichtlich eine Gesamtsumme von 4608,5 Millionen Rubel, d. h. um 16,5 Prozent mehr als im vorigen Jahre aufweisen.



K. S. Stanislawski

Gründer und Leiter des Moskauer Künstlertheaters

Verordnung der Sowjetregierung über die Erhöhung der Arbeiterlöhne in der Sowjetunion

Nach Entgegennahme des Vorschlages des Zentralen Gewerkschaftsrates der Sowjetunion, der anlässlich der Erneuerung der Kollektivverträge die Notwendigkeit betont, auf Grund der erzielten Erfolge in der Wirtschaftslage des Landes die Löhne zu erhöhen, beschließt der Rat der Volkskommissare der UdSSR folgendes:

1. Zur Wahrung der Interessen jener Arbeitergruppen, deren Löhne zurückgeblieben sind, sowie im Interesse der größtmöglichen Planmäßigkeit bei der Erhöhung der Löhne wird im Wirkungskreise des Volkskommissariats der UdSSR für Arbeit eine Sonderkommission gegründet. Vorsitzender: Der Volkskommissar für Arbeit der UdSSR, Schmidt.

2. Die Kommission wird beauftragt, den Umfang und die Fristen der möglichen Erhöhung der Löhne entsprechend den Quellen der Staatsindustrie und des Transportwesens innerhalb zweier Wochen festzustellen und zugleich jene Maßnahmen auszuarbeiten, die eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und eine Verringerung des unbegründeten Fernbleibens von der Arbeit sichern.

3. Alle Staatsinstitutionen und Unternehmungen werden aufgefordert, bei der Erneuerung der Kollektivverträge die Beschlüsse der Kommission als Richtlinien zu betrachten.

Moskau, Kreml, 17. August 1926.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR.

A. Rykow.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Rates der Volkskommissare der UdSSR.

I. Miroshnikow.

Dr. jur. R. Lenz (Hamburg*):

Zur rechtlichen Struktur der deutsch-russ. Beziehungen

Innerhalb des bürgerlichen Deutschlands stehen zwei Tendenzen miteinander im Kampf: die Tendenz der Ostorientierung, d. h. der Orientierung auf ein Bündnis mit den Sowjetrepubliken, und der Westorientierung auf das Bündnis mit den Ländern der Entente. Zur Zeit scheint die letztere Orientierung vorherrschend zu sein. Der Versuch Deutschlands, die Aufnahme in den Völkerbund zu erreichen, ist hierfür ein Beweis. Jedoch sind, wie der mit Rußland abgeschlossene sogenannte „Berliner Vertrag“ zeigt, die auf eine Orientierung nach dem Osten abzielenden Strömungen auch innerhalb der Reichsregierung noch nicht verschwunden, mag auch das Streben nach einer Revision des Friedensvertrages schließlich immer wieder zum Anschluß an die Mächte der Entente hinführen.

Auch unter denjenigen Angehörigen Deutschlands, die eine Annäherung an Rußland befürworten, ist aber eine große Anzahl, die einem endgültigen Zusammenschluß beider Reiche im Grunde doch widerstreben. In der Tat erscheint es unmöglich, daß jemand, der eine konsequente Westpolitik verfolgt, die wirkliche Annäherung zwischen dem Reich und den Vereinigten Sowjetrepubliken befürworte. Das Bestreben solcher Vertreter geht vielmehr dahin, durch die russenfreund-

*) Vergl. den wissenschaftlichen Aufsatz des Verfassers in Heft 3/4 des ersten Jahrgangs dieser Zeitschrift (1924): „Die völkerrechtliche Stellung der UdSSR.“